

Tatsächlich war der äußere Druck, vor allem aus den USA, im Juni erheblich gewachsen. So hatten Lobbygruppen die Regierung in den USA gedrängt, China eine 90-tägige Frist zur Aufwertung des RMB zu setzen und Zollsanktionen im Falle einer Verweigerung zu verhängen. US-Finanzminister Snow lehnte diese Forderung zwar mit dem Hinweis ab, dass Handelssanktionen oder Protektionismus der falsche Weg seien. Kritiker aus den Reihen des US-Parlaments argumentierten dagegen, dass die chinesische Währung bis zu 40% unterbewertet sei und damit China einen unfairen Vorteil im Handel verschaffe.

Die US-Senatoren Schumer (New York) und Graham (South Carolina) sprachen sich besonders vehement für eine Aufwertung und Flexibilisierung der chinesischen Währung aus: China wolle die Vorteile des freien Handels genießen, aber nicht die Verantwortung übernehmen. Andere Stimmen in den USA wie beispielsweise Phillip Swagel vom American Enterprise Institute wiesen dagegen auf die politische Komponente bei diesen Forderungen sowie auf die negativen Folgen für die US-Wirtschaft hin.

Internationale Organisationen wie die Asian Development Bank (ADB), der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank forderten ebenfalls eine größere Flexibilisierung des Wechselkurssystems. Dagegen hatten international bekannte Ökonomen (siehe C.a., 3/2005, Dok 34) die Notwendigkeit einer Aufwertung und Flexibilisierung in Frage gestellt. Nobelpreisträger Robert Mundell beispielsweise argumentierte stets, dass eine Aufwertung weder im Interesse Chinas sei noch dadurch die Ursachen der Unzufriedenheit der USA im Handel mit China beseitigt würden. Mundell betonte: „Behind this there is a real phenomenon: China's competitive shock.“ Dieser Schock habe keinen monetären Hintergrund und könne demnach nicht mit geldpolitischen Maßnahmen behoben werden. Eine Aufwertung würde nur zur Verteuerung der chinesischen Produkte in den USA führen,

und die US-amerikanischen Konsumenten würden lediglich auf preisgünstigere Produkte ausweichen.

Einer Studie der ADB zufolge hat eine Aufwertung denn auch nur beschränkte Auswirkungen auf den Handel zwischen den USA und China. Bei einer 10%igen Aufwertung würde der chinesische Handelsüberschuss um 14,97 Mrd. US\$ im Jahre 2006 und bei einer 20%igen Aufwertung um 31,79 Mrd. US\$ zurückgehen. Die gesamte US-Handelsbilanz würde sich jedoch dadurch nur um 3,62 Mrd. US\$ verbessern (bei einer 10%igen Aufwertung) bzw. um 7,87 Mrd. US\$ (bei einer 20%igen Aufwertung). Grund hierfür ist, dass Importe aus China lediglich einen Anteil von 13,4% der gesamten US-Importe darstellen (im Jahre 2004); nach China exportierten die USA nur 4,3% aller Ausfuhren.

Die währungspolitische Entscheidung Chinas führte zunächst noch zu keiner erneuten Aufwertungsrunde in den asiatischen Nachbarländern. Vermutet wurde, dass die Zentralbanken der Länder eigene Währungen aufkauften, um ihren Wechselkurs stabil zu halten. Viele Analysten gehen davon aus, dass die schrittweise Aufwertung weitergehen könnte. Frank Gong von JP Morgen erwartet beispielsweise eine Aufwertung um insgesamt 10% innerhalb des kommenden Jahres. Auch Analysten der Investmentbank Goldman Sachs sehen eine 9%ige Aufwertung innerhalb der nächsten 12 Monate als wahrscheinlich an. (SCMP, 23.6.05; XNA, 26.6.05; IHT, 9.6., 27.6.05; AWJ, 1.6., 3.6., 10.6., 14.6., 23.6., 21.7.05; XNA, 26.6.05; HB, 10.6.05; ST, 23.7.05; <http://www.pbc.gov.cn/english/detail.asp?col=6400&id=543>)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

33 Konjunkturentwicklung im 1. Halbjahr 2005

Nach Statistiken des National Bureau of Statistics (NBS) belief sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 1. Halbjahr auf 9,5%. Im 1. Quartal hatte das BIP-Wachstum bei 9,4% und im 2. Quartal bei 9,5% gelegen.

Die Industrieentwicklung verlief weiterhin sehr dynamisch. Die industrielle Wertschöpfung stieg in den ersten sechs Monaten d.J. um 16,4%; im Monat Juni betrug die Wachstumsrate 16,8%.

Nach Einschätzung des NBS kann das hohe Wachstum der Gewinne im Industriesektor allerdings nicht mehr aufrechterhalten werden. Statistiken über die Gewinne der großen Industrieunternehmen weisen für das 1. Quartal allerdings noch eine Zunahme von 17,2% aus. Im 1. Quartal 2004 hatte sie noch 34,1% betragen.

Gleichzeitig mit dem Rückgang des Gewinnzuwachses nahmen die Verluste der Industrieunternehmen wieder zu. Das Gesamtvolumen der Verluste stieg um 36,4% in den ersten drei Monaten d.J. Zu den Industrien, die nicht von dieser Entwicklung betroffen waren, zählten die Bergbau- und Erdöl-, sowie die NE-Metallindustrie, während die verarbeitenden Industrien unter dem Anstieg der Preise für Rohstoffe und Energie geringere Gewinne erzielten.

Zu den Industrien, die Verluste machten, gehört die Zementindustrie. Ihr Verlust betrug im 1. Quartal 350 Mio. RMB im Vergleich zu Gewinnen in Höhe von 3,08 Mrd. RMB im 1. Quartal 2004. Die Gewinne der Aluminiumindustrie gingen um 10,4% und die der Kfz-Industrie um 58,5% zurück.

Die Anlageinvestitionen, die zu einem großen Anteil die staatlichen Infrastrukturausgaben widerspiegeln, nahmen um 25,4% zu. Diese Wachstumsrate ist immer noch relativ hoch und zeigt, dass die Abkühlungsmaßnahmen erst langsam wirken. Gegenüber der Vorjahresperiode ging allerdings das Wachstum um 3,2 Prozentpunkte zurück, lag aber immer noch deutlich über der für dieses Jahr geplanten Zuwachsrates von 16%.

Die Wachstumsrate der städtischen Anlageinvestitionen erhöhte sich allein im Juni noch um 27,1%; nach wie vor boomt der Immobiliensektor. Hier lag die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen bei 23,5%. Vom Gesamtvolumen der Investitionen von 619,3 Mrd. RMB flossen 414,7 Mrd. RMB in den Bau von Wohnungen (+21,3%).

Die Ausweitung des Einzelhandelsumsatzes von 13,2% hat das Gesamtwachstum mit getragen. In den Städten nahm der Einzelhandelsumsatz von Konsumgütern um 14,2% und in den ländlichen Gebieten um 11,1% zu.

Trotz der Ausweitung der Nachfrage lag der Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3% erheblich unter dem Niveau des Vorjahres. Vor dem Hintergrund möglicher deflationärer Tendenzen senkte die Zentralbank Mitte Juni d.J. ihre Prognose über den Anstieg der Verbraucherpreise in diesem Jahr. Sie erwartet nunmehr eine Inflationsrate von 3-3,5% anstatt der zuvor wesentlich höher eingeschätzten Inflationsrate.

In einem Kommentar in der *Financial Times* vom 3.6.05 wird auf das Problem der Preisreduzierung bei vielen chinesischen Herstellern hingewiesen. Preissenkungen erfolgten trotz steigender Preise bei Rohstoffen, da die Unternehmen befürchteten, ihre Marktanteile an lokale Wettbewerber zu verlieren. Der extrem intensive Wettbewerb, so die *Financial Times*, ließe zwar die Gewinne sinken, führe jedoch zur Aufrechterhaltung der preislichen Konkurrenzfähigkeit chinesischer Produkte auf dem Weltmarkt.

Tabelle 3: Konjunktorentwicklung im 1. Halbjahr 2005 (Wachstum in %)

BIP-Wachstum	9,5
Industrielle Wertschöpfung	16,4
Anlageinvestitionen	25,4
Verbraucherpreise	2,3
Einzelhandelsumsatz	13,2
Exportüberschuss (Mrd. US\$)	39,65

Quelle: NBS, www.stats.org.cn.

Ein weiterer wichtiger Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums war die Außenhandelsentwicklung. Nach Einschätzung von Analysten trug der Export mit einem Anteil von 45% zum Gesamtwachstum im 1. Halbjahr 2005 bei. Die Ausfuhren nahmen um 32,7% zu und erreichten ein Volumen von 342,34 Mrd. US\$, die Einfuhren lagen bei einem Volumen von 302,69 Mrd. US\$. Mit einer Zuwachsrates von 14% fiel das Wachstum der Importe viel niedriger als im letzten Halbjahr 2004 (+42,6%) aus. Der Überschuss betrug 39,65 Mrd. US\$.

Die Einkommensentwicklung der Bevölkerung im 1. Halbjahr untersuchte das NBS anhand eines *sample survey* von ausgewählten städtischen und ländlichen Haushalten. Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Haushalte (insgesamt 54.500 untersuchte Haushalte) lag bei 5.374 RMB, ein nominaler Anstieg um 11,6% gegenüber der Vorjahresperiode. Der reale Einkommensanstieg betrug 9,5%. Das Einkommen aus Löhnen und Gehältern belief sich pro Kopf auf 3.979 RMB, ein Anstieg um 8,9%.

Die Ausgaben für die Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung erhöhten sich vor allem bei Nahrungsmitteln (+8,7%), Bekleidung (+15,9%), gesundheitliche Versorgung (+15,3%), Transport und Kommunikation (+17,7%), Bildung, Kultur, Freizeit und Dienstleistungen (+6,2%) und Wohnungskosten (+9%). (BBC EF, 12.7.05; SCMP, 20.7.05; IHT, 21.7.05; XNA, 8.6.05; FT, 3.6.05; WSJ, 12.7.05; NBS, www.stat.org.cn)

34 Konjunktorentwicklung wird unterschiedlich beurteilt

In der Beurteilung der Konjunktorentwicklung existieren derzeit wieder große Unterschiede. Die offizielle Position, z.B. des NBS, ist die eines „schnellen, aber stabilen Wachstums“; auch in den vorangegangenen zwei Dekaden sei das Wachstum vergleichbar hoch gewesen. Aufgrund dieser vom NBS vertretenen Grundposition wundert es nicht, dass die Analysten des NBS der Zentralregierung keine weiteren restriktiven Eingriffe in die Wirtschaft raten. Erwartet wird vielmehr vom NBS, dass sich die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte etwas abkühlt und eine weiche Landung – auf ein niedriges Wachstumsniveau – möglich ist.

Diese Position wird auch von der National Development and Reform Commission (NDRC) vertreten. Diese wird an die Stelle von Restriktionen für überhitzte Industrien nach Aussagen von Cao Yushu, stellvertretender Generalsekretär und Sprecher der NDRC, die Unterstützung für den Abbau von Engpässen setzen. Ende 2003 hat die Zentralregierung begonnen, überhitzte Industrien wie z.B. die Stahl-, Zement- und Aluminiumindustrie sowie den Immobiliensektor stärker zu kontrollieren. Nunmehr soll der Schwerpunkt auf die Förderung von z.B. Landwirtschaft, Hightech-Industrien und den Anlagenbau gesetzt werden.

Eine entgegengesetzte Meinung über die Stabilität der konjunkturellen Entwicklung vertritt der US-Ökonom Anderson. Viele große chinesische Unternehmen würden eine Gewinnwarnung veröffentlichen, obwohl die Wachstumsrate offiziell mit 9,5% angegeben wird. Dies sei ein Zeichen, dass die Statistik wenig aussagefähig ist, um die Qualität des Wachstums zu beschreiben. Anderson geht davon aus, dass die Wirtschaft sich stark abkühlt, da die Investitionen zurückgehen. Mehr als 50% des Wachstums gehe auf Investitionen zurück, ein viel zu hoher

Anteil. Die Länder der Region hätten beispielsweise vor der Asienkrise einen Beitrag der Investitionen zum Wachstum von rd. 40% aufgewiesen. Die Gründe für die fallenden Gewinne der Unternehmen in den zuvor überhitzten Industrien seien hohe Rohstoffkosten und fallende Endabnehmerpreise, die wiederum auf Überkapazitäten und extremen Wettbewerb zurückgeführt werden könnten. Vor diesem Hintergrund sei auch die Aufwertung zu verstehen, da China keine Blockade seiner Exporte gebrauchen könne, sondern auf ein außenhandelsinduziertes Wachstum setzen müsse.

Über die Frage, ob die deflationäre Entwicklung wieder auftreten wird, herrscht unter den chinesischen Ökonomen Uneinigkeit. Gegen das Auftreten einer Deflation spricht nach Einschätzung von Zhu Baoling, Chefökonom der Prognoseabteilung beim State Information Center, dass a) die Zentralregierung keine starke Fluktuation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartet, b) die Preise für öffentliche Dienstleistungen weiter steigen werden und, dass 3) die Preise bestimmter Importprodukte wie Erdöl wohl kaum in größerem Umfang sinken werden. Dagegen erwartet Song Guoqing, Ökonom an der Beijing-Universität, dass die Verbraucherpreise unter 1% im 3. Quartal sinken könnten; Song geht von einer relativ schwachen Nachfrage aus.

Auch nach Einschätzung von Justin Yifu Lin, Direktor des Wirtschaftsforschungszentrums an der Beijing-Universität, müsse in diesem Jahr mit einer Deflation gerechnet werden. Er argumentiert ebenfalls mit den starken Überkapazitäten und einer rückläufigen Nachfrage. (SCMP, 30.6., 23.7.05; XNA, 30.6., 7.7.05)

35 Textilimportquoten der Handelspartner – Einfluss auf Beschäftigung in China

Trotz einer Restrukturierung der Textilbranche in den letzten Jahren arbeiten dort noch insgesamt rd. 19 Mio. Arbeitskräfte. Damit ist die

Beschäftigung in diesem Industriezweig, der einen ausländischen Umsatzanteil von 30% aufweist, bei Restriktionen der Handelspartnerländer Chinas stark betroffen.

Nach Einschätzung von Cao Yinyu, stellvertretender Vorsitzender der China Chamber of Commerce for Import and Export of Textiles, werden die Importrestriktionen der US-Regierung für die Branche mit Einbußen in Höhe von rd. 2 Mrd. RMB (400 Mio. US\$) und einem Verlust von Arbeitsplätzen in einem Umfang von 400.000 verbunden sein.

Chinesische Firmen wie die Unternehmensgruppe Hongdou mussten im Juli Aufträge für die Herstellung von Baumwollhemden und -hosen aus den USA ablehnen, da sie nicht über Exportquoten verfügten. Nach der Aufhebung der Quoten im Januar 2005 hatten die US-Unternehmen ein hohes Auftragsvolumen platziert, sodass nach Einführung neuer Beschränkungen kaum noch Möglichkeiten bestehen, Aufträge anzunehmen.

Vor allem kleinere Textilunternehmen in China sollen nunmehr gezwungen sein, ihre Produktion einzustellen. Gleichzeitig sind die Banken vorsichtiger bei der Vergabe von Krediten an Textilunternehmen geworden.

Unter der Annahme, dass nach Abschaffung der Textilquoten im Januar 2005 bessere Absatzmöglichkeiten in den USA und der EU möglich sind, sollen auch zahlreiche taiwanische und südkoreanische Unternehmen ihre Produktionskapazitäten in China ausgebaut haben.

Die Ausfuhrbeschränkungen führen dazu, dass sich auch die exportorientierten Unternehmen wieder stärker dem Inlandsmarkt zuwenden. Dies wiederum verschärft den Preiswettbewerb im Inland und wird nach Einschätzung von Zhang Jiangbo, Präsident des Unternehmens Peace Bird Group in der Provinz Zhejiang, zu einem Preiskrieg führen: „After losing foreign orders, companies have come back to the domestic market, making competition harder. The trade dispute and the

price war have sent the whole market into a downward cycle.“ (NfA, 27.6.05; ST, 20.7.05; XNA, 27.5.05; IHT, 7.6.05; SCMP, 1.6.05)

36 Umweltschutz wird bedeutender in politischer Agenda

In den letzten Wochen zeigten Erklärungen hochrangiger Regierungsvertreter, dass dem Umweltschutz zukünftig im Inland größere Bedeutung beigemessen und die Kooperation mit dem Ausland intensiviert wird – zumindest in der politischen Rhetorik.

Auf dem China Development Forum on Building a Resource-Efficient Society Ende Juni in Beijing erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Zeng Peiyan, dass Maßnahmen über die effiziente Ressourcennutzung im 11. Fünfjahresplan (2006-2010) aufgenommen würden. An dem Forum, das von der National Development and Reform Commission und dem Development Research Center beim Staatsrat veranstaltet wurde, nahmen rd. 200 Politiker und Fachleute aus dem In- und Ausland teil.

In seiner Rede auf dem Forum betonte Zeng, dass China bereits bedeutende Fortschritte bei der effizienten Nutzung von Ressourcen gemacht habe. Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl sei der Pro-Kopf-Anteil der Ressourcen in China jedoch sehr viel geringer als in anderen Ländern. Gleichzeitig belastete die Industrialisierung und Verstärkung die vorhandenen Ressourcen und zwingte zu einem effizienten Umgang mit Ressourcen und ihrem Recycling.

Zu den Maßnahmen, die erforderlich sein werden, zählte Zeng

die industrielle Restrukturierung mit Entwicklung des Dienstleistungssektors und von Hightech-Industrien, die Beschleunigung der Erneuerung traditioneller Industrien und die zeitliche Befristung von veralteten Techniken, Anlagen und Produkten;

eine schärfere Kontrolle beim Marktzugang, um Projekte mit hohem Ressourcenverbrauch und starker Umweltverschmutzung zu vermeiden. Gleichzeitig sollen Bauprojekte gefördert werden, die Einsparungen beim Boden- und Energieverbrauch erlauben;

die Vermeidung von Ressourcenverlusten im Transport und Ressourcenverschwendung in der Logistik und Distribution;

die Förderung von Verbrauchsgewohnheiten, die Ressourceneffizienz sichern. Hierfür sollen Beispiele für das Einsparen von Ressourcen in Infrastrukturprojekten und bei Regierungsaktivitäten entwickelt werden;

die Beschleunigung der Entwicklung einer auf dem Recycling von Ressourcen basierenden Wirtschaft; aktive Förderung einer sauberen Produktion und Stärkung des Umweltschutzes.

Zu den aktuellen Maßnahmen des Umweltschutzes gehört die Schließung von rund einem Duzend Unternehmen und (kleinen) Goldbergwerken. Die State Environmental Protection Administration (SEPA) kündigte Ende Juni d.J. an, dass mehr als 40 Papiermühlen und Goldbergwerke aufgrund extremer Verschmutzung der Umwelt geschlossen worden sind.

Die SEPA forderte vor allem die stark energiebasierten Branchen wie die Eisen- und Stahlindustrie, die NE-Metallindustrie, die Kohle-, Elektrizitäts-, Erdöl-, Chemie- und Baustoffindustrie auf, ressourcensparender zu arbeiten. Im Umweltschutz sollen vor allem die Unternehmen in der Papierherstellung stärker überwacht werden. Wang Yuqing, stellvertretender Leiter der SEPA, wies im Juni d.J. darauf hin, dass die Behörde jeden Monat im Durchschnitt vier neue Projekte ablehne, da sie nicht die erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen aufwiesen.

Die Umweltprobleme haben auch im letzten Jahr zugenommen. So verschlechterte sich die Luftqualität in vielen Städten. Nur 132 von insgesamt 342 Städten erreichten den Grad 2 in der Luftqualität, das waren 3,1% weniger als im Jahre 2003. Der Umfang der festen Abfälle stieg um 20% auf rd. 1,2 Mrd. t im Jahre 2004. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Umweltbeschwerden von chinesischen Bürgern um 30% im letzten Jahr.

In der Kooperation mit dem Ausland hat China eine hohe Anpassungsfähigkeit gezeigt und sich an allen internationalen Umweltorganisationen beteiligt. Ende Juli wurde China Mitglied im Klimapakt Asia Pacific Partnership on Clean Development, der zwischen den USA, Australien und vier asiatischen Ländern, nämlich, neben China auch Indien, Südkorea und Japan, geschlossen wurde. Ziel des Paktes ist die Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen, allerdings sind keine bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsländer vorgesehen. Die Mitglieder stimmen darin überein, dass sie enger bei der Entwicklung sauberer Kohle, Atom- und Sonnenenergie sowie von hydroelektrischen Technologien zusammenarbeiten wollen. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit soll außerdem der Technologietransfer stehen.

Die USA und Australien zählen zu den Ländern, die nicht das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben, während Indien und China aufgrund ihres Entwicklungsländerstatus keine bindenden Zusagen machen mussten. Vor diesem Hintergrund gab es eine Reihe von kritischen Reaktionen in der Presse. Vertreter des World Wildlife Fund kommentierten den Pakt beispielsweise mit den Worten: „A deal on climate change that doesn't limit pollution is the same as a peace plan that allows guns to be fired“.

In der EU wurde das Abkommen mit einiger Überraschung aufgenommen, da der Umweltkommissar der EU ebenfalls aus der Presse von dieser Initiative erfahren hat-

te. Da die EU derzeit versucht, einen internationalen Konsens für den Klimaschutz nach dem Jahr 2012 zu erreichen, der auch Länder wie China und Indien einbezieht, stellt sich dieses Abkommen als konträr zu den Interessen der EU dar. (XNA, 23.6., 25.6., 26.6.05; IHT, 3.6., 29.7.05; WSJ, 5.7., 29.7.05; „Überraschender US-China-Klimapakt stößt of Skepsis“, <http://www.euractiv.com>, 29.7.05, Aufruf am 8.8.05)

SVR Hongkong

Günter Schucher / Katrin Willmann

37 Neubesetzung wichtiger Regierungsgämter unter Donald Tsang

Gleich zu Beginn der Amtszeit des neuen Regierungschefs (*Chief Executive*) der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong, Donald Tsang, wurden zwei Ämter im Kabinett mit langjährigen Weggefährten des Regierungschefs neu besetzt und damit ein Beitrag zu Tsangs weiterer Machtsicherung geleistet.

Rafael Hui hat seit dem 30. Juni 2005 als *Chief Secretary of Administration* das frühere Amt Donald Tsangs inne und wurde damit zum Zweiten in der Hierarchie hinter dem Regierungschef. Der 57-jährige Hui zählt zu den langjährigen Kollegen des *Chief Executive* aus seiner Zeit im *Civil Service*. Beide betonten bei Huis Amtseinführung ihre freundschaftliche und kollegiale Verbundenheit. Nach seinem Abschluss an der University of Hong Kong arbeitete Hui seit 1970 für den öffentlichen Dienst, u.a. in den Bereichen Sicherheit, Transport und Dienstleistungen sowie Inneres. Wie sein Amtsvorgänger schloss er an der Harvard-Universität im Fach Öffentliche Verwaltung ab. In der Kolonialregierung der Briten arbeitete er ab 1995 als Staatssekretär für Finanzdienstleistungen (*Secretary for Financial Services*). Dieses Amt bekleidete Hui